

POSTULAT von Elisabeth Scheffeldt Kern (SP, Schlieren), Markus Mendelin (SP, Opfikon) und Dr. Anna Maria Riedi (SP, Zürich)

betreffend Berechnung der durchschnittlichen Klassengrösse und der Zuteilung von Vollzeiteneinheiten (VZE)

Der Regierungsrat wird ersucht sicherzustellen, dass bei der Berechnung der durchschnittlichen Klassengrösse und somit bei der Zuteilung der VZE für die einzelnen Gemeinden die Sonderklassen E nicht mitgerechnet werden.

Elisabeth Scheffeldt Kern
Markus Mendelin
Dr. Anna Maria Riedi

Begründung:

Die Schule leistet in unserer Gesellschaft den grössten Teil der Integrationsarbeit. Es ist aber wichtig, dass sie dafür die notwendige Unterstützung erhält. Ein Bestandteil der Integration ist das Erlernen der deutschen Sprache. Daneben aber gilt es auch, die Kultur und die Regeln des Zusammenlebens im neuen Land kennen zu lernen. Gemeinden mit hohem Ausländeranteil leisten hier doppelte Integrationsarbeit.

Mit dem Sozialindex wird zwar die Zahl der ausländischen Wohnbevölkerung in der Gemeinde mitberücksichtigt. Muss nun aber eine Gemeinde wegen der hohen Zahl fremdsprachiger Kinder eine grössere Zahl von Sonderklassen E führen, so kann die Regelklassengrösse auf weit über 20 Schülerinnen und Schüler zu liegen kommen. Die notwendige Integrationsarbeit in den Regelklassen ist somit gefährdet, wenn nicht gar verunmöglicht. Die Zahl der neu zuwandernden, fremdsprachigen Kinder und damit die Sonderklassen E sind von der Gemeinde nicht zu steuern, ihr Bedarf ist ausgewiesen und es liegen harte Fakten für die Zuteilung zu einer Sonderklasse E vor. Die Gemeinden sind von Neuzuwanderungen auch sehr unterschiedlich betroffen. Es macht deshalb keinen Sinn, auch die Sonderklassen E im Rahmen der zugeteilten VZE zu kontingentieren.

Begründung der Dringlichkeit:

Im Schuljahr 2004/2005 soll die durchschnittliche Klassengrösse steigen. Für Gemeinden mit hohem Ausländeranteil und Sonderklassen E zeichnet sich bereits jetzt ab, dass es sehr schwierig werden wird, integrationsfähige Klassen zu bilden. Auf das Schuljahr 2005/2006 sehen etliche Gemeinden unüberbrückbare Schwierigkeiten.